MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Umwelt, Energie und Verkehr

**Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr**

Geschäftsführung: Jochen Friedrich

Telefon: 06421 201-1405
Telefax: 06421 201-1406
E-Mail: jochen.friedrich@marburg-stadt.de

Öffnungszeiten: Montag, Mittwoch, Freitag von 8 – 12 Uhr
Donnerstag von 15 – 18 Uhr
und nach Vereinbarung

Marburg, 26.11.2018

**Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Verkehr (öffentlich)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu einer **Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Verkehr (öffentlich)** der Stadtverordnetenversammlung am

**Dienstag, den 04.12.2018, 18:00 Uhr,**
**Sitzungssaal Barfüßerstr. 50, 35037 Marburg**

lade ich Sie hiermit fristgerecht ein.

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

1 Eröffnung der Sitzung

2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.11.2018

3 Bericht(e) aus den Arbeitsgruppen zur Lokalen Agenda 21

4 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg
Bebauungsplan Nr. 18/17, 1. Änderung Feuerwehrstützpunkt und Jugendfeuerwehrausbildungszentrum
- Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB)
Vorlage: VO/6529/2018

5 Umsetzung einer Teilelektrifizierung des ÖPNV in Marburg
Kenntnisnahme der Machbarkeitsstudie von Hybrid-Oberleitungs-Busverkehr und Beauftragung eines Planfeststellungsverfahrens
Vorlage: VO/6558/2018

6 Anträge der Fraktionen

6.1 Antrag der Fraktion B90/die Grünen betr.: Kommunale Strategie zur nachhaltigen Reduzierung des Eintrags von Mikroplastik in lokale Fließgewässer und Böden
Vorlage: VO/6382/2018

6.2 Antrag der Fraktion Marburger Linke bzgl. Ausweitung der Mitnahmeregelung der ÖPNV-Jahreskarte
Vorlage: VO/6532/2018

6.3 Antrag der Fraktionen von CDU und SPD betr. Überprüfung des Verkehrsbereichs B3 Abfahrt Mitte/Wilhelm-Röpke-Straße
Vorlage: VO/6544/2018

6.4 Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und BfM betr. Konzept Verkehrsanbindung Pharmastandort Marbach und Görzhäuser Hof
Vorlage: VO/6546/2018

6.5 Antrag der Fraktionen SPD, BfM und CDU betr.: Verbesserung der Fußwegebeziehungen zum Vitos-Gelände
Vorlage: VO/6555/2018

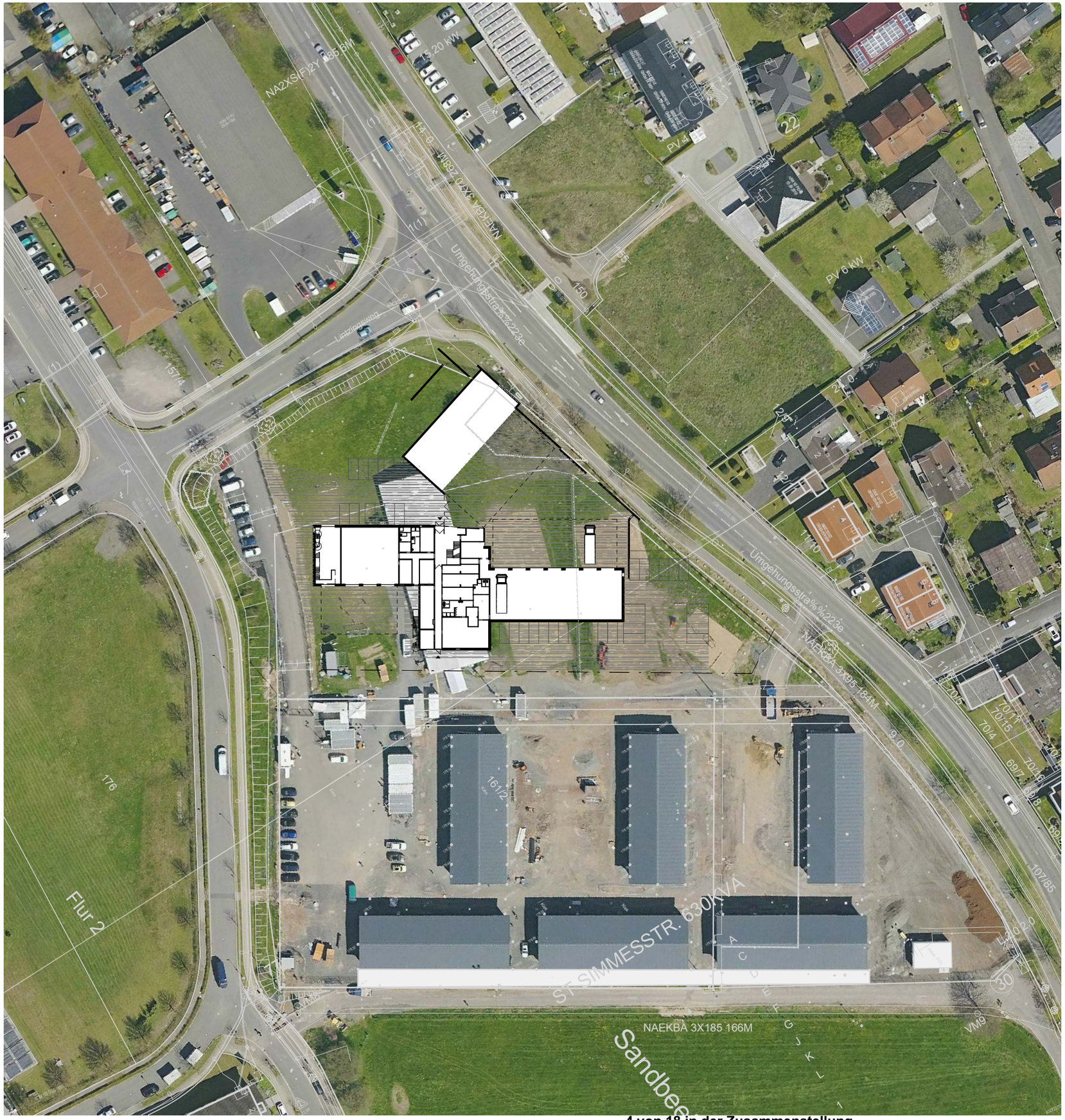
6.6 Antrag Fraktionen von SPD und BfM betr.: "Gärten und Balkone der biologischen Vielfalt"
Vorlage: VO/6556/2018

7 Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen
gez.

Dr. Karsten McGovern
Vorsitzender

zu TOP 4
Im Rudert
Bahnhaus
Lintzingsweg
Auf der Appeling
Auf dem Halmburger
Umgehungsstr.
Halmburger Weg
Feldw
Siedlerweg
Umgehungsstr.
Zur Aue




| INDEX | ÄNDERUNGEN | DATUM | GEZ. |
|---|---|---|---|
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

# VORENTWURF

| | |
|---|---|
| BAUHERR | Magistrat der Universitätsstadt Marburg<br>Markt 1<br>35037 Marburg |
| PLANUNG | Fachbereich 6 / Planen Bauen Umwelt<br>Fachdienst 65 / Hochbau<br>Software-Center 1<br>35037 Marburg |
| PROJEKT | Feuerwehrstützpunkt Cappel<br>Umgehungsstraße<br>35043 Marburg-Cappel |
| PLANINHALT | Lageplan Luftbild |

| | | | |
|---|---|---|---|
| PLANBEZ.: | FWC-N17-A2-LA-002 | STATUS: | VORENTWURF |
| PRJ. - Nr.: | 31/08 | MAßSTAB: | 1 : 1000 |
| DATUM: | 17.10.18 | FORMAT: | DIN A3 |
| GEZEICHNET: | K.Schick | GEPRÜFT: | Lenz |

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

| | |
|---|---|
| **Beschlussvorlage** | Vorlagen-Nr.: **VO/6558/2018**<br>Status: öffentlich<br>Datum: 23.11.2018 |
| Dezernat: I<br>Fachdienst: 011 - Persönlicher Referent des Oberbürgermeisters<br>Sachbearbeiter/in: Höhn, Philipp | |

Beratungsfolge:

| **Gremium** | **Zuständigkeit** | **Sitzung ist** |
|---|---|---|
| Magistrat | Vorberatung | Nichtöffentlich |
| Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr | Vorberatung | Öffentlich |
| Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften | Vorberatung | Öffentlich |
| Haupt- und Finanzausschuss | Vorberatung | Öffentlich |
| Stadtverordnetenversammlung | Entscheidung | Öffentlich |

**Umsetzung einer Teilelektrifizierung des ÖPNV in Marburg**
**Kenntnisnahme der Machbarkeitsstudie von Hybrid-Oberleitungs-Busverkehr und Beauftragung eines Planfeststellungsverfahrens**

Beschlussvorschlag:
Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgende Beschlüsse zu fassen:

1) Die vom Bundesverkehrsministerium (BMVI) beauftragte „Machbarkeitsstudie von Hybrid-Oberleitungs-Busverkehr in Deutschland – am Beispiel Marburg und Trier, Berichtsteil Marburg“ wird zur Kenntnis genommen.

2) Die Stadtwerke Marburg werden beauftragt, auf der Basis der vorgelegten Machbarkeitsstudie, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachdiensten der Stadtverwaltung und dem BMVI ein Planfeststellungsverfahren für den Aufbau eines Hybrid-Oberleitungsbus-Systems (HO-Bus) als Teilstrategie zur Bereitstellung eines emissionsfreien ÖPNV in Marburg einzuleiten.

Sachverhalt:
Für die Erreichung der Klimaziele der Bundesregierung ist es unerlässlich, dass der Eintrag von klimaschädlichen Gasen wie z.B. von $CO_2$ kurzfristig entscheidend verringert wird. Der öffentliche Personennahverkehr trägt schon jetzt dazu bei, könnte jedoch durch eine Umstellung auf emissionsfreie Antriebe lokal klimaschädliche Gase in nennenswertem Umfang einsparen.
Die Belastung der Städte durch Schadstoffe, die durch den motorisierten Verkehr eingebracht werden, führt vermehrt zu Fahrverboten auf einzelnen Straßen oder in den Innenstädten.

Die Universitätsstadt Marburg war in 2016 eine der Städte in Deutschland, in der die Grenzwerte für die Belastung mit Stickoxiden ($NO_x$) überschritten wurden. Ein wesentlicher Grund für diese Überschreitung ist die Belastung durch die Emissionen des Verkehrs in der Innenstadt, insbesondere durch Dieselfahrzeuge, die die vorgeschriebenen Grenzwerte nicht einhalten.
Der öffentliche Personennahverkehr ist im Rahmen dieser Problematik ein wesentlicher Teil der Lösung.
Das Bundesverkehrsministerium hat im Rahmen der wissenschaftlichen Beratung zur Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie die Teilstudie: „Machbarkeitsstudie von HO-Busverkehr in Deutschland – am Beispiel Marburg und Trier“ beauftragt. Die Studie ist fertiggestellt und liegt der Stadtverordnetenversammlung vor.
Ziele der vorliegenden Studie sind:
- die Machbarkeit von HO-Bussen in Deutschland anhand der Beispielstadt Marburg zu analysieren,
- technische Ausgestaltungsoptionen von HO-Bussen und Elektrobussen zu vergleichen,
- verallgemeinerbare Aussagen für die Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie der Bundesregierung (MKS) abzuleiten.

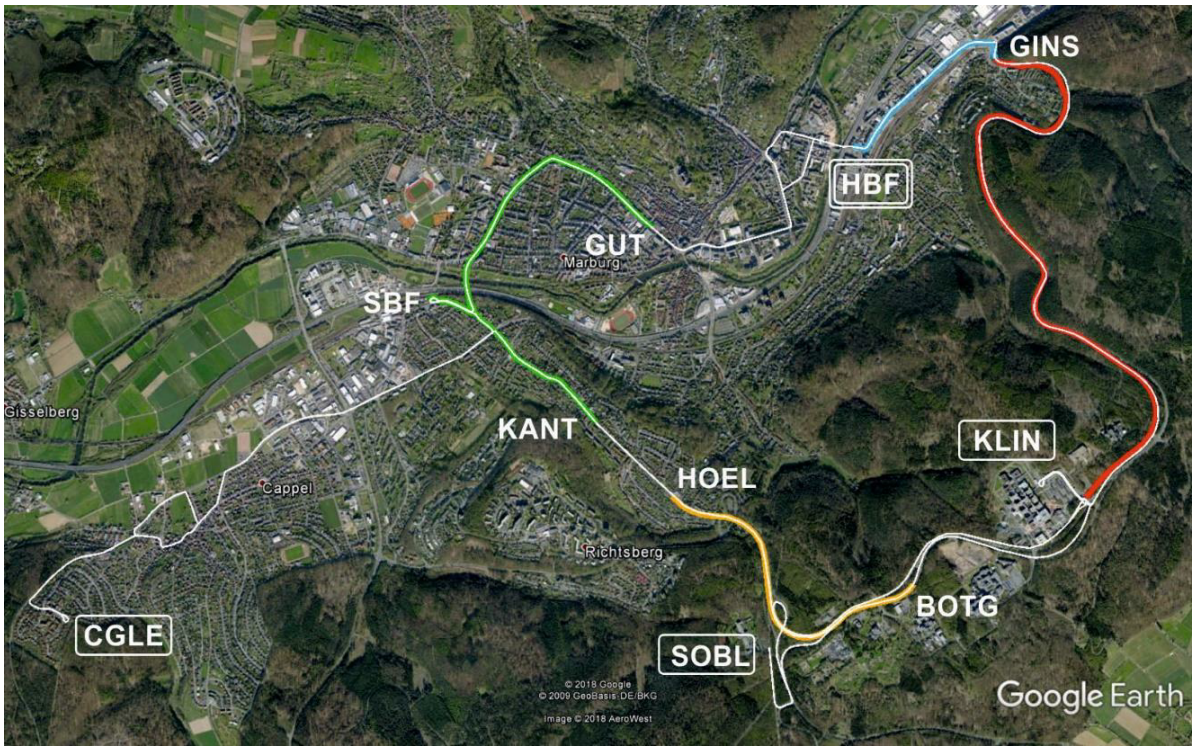
HO-Busse sind rein elektrisch angetriebene Busse, die ihren Fahrstrom aus einer Oberleitung oder einer Batterie erhalten und lokal emissionsfrei fahren. Sie können daher zur Senkung von globalen Treibhausgas- und lokalen Stickoxidemissionen im ÖPNV beitragen.

Ergebnisse der Studie:
- HO-Busse sind in deutschen Städten machbar,
- sie eignen sich für Strecken mit hohem Energiebedarf und hoher Auslastung,
- HO-Busse können auch als Großraumfahrzeuge mit 24 m Länge konfiguriert werden,
- es müssen nur 30 – 50 % der Fahrstrecke mit Oberleitung ausgestattet werden,
- anspruchsvolle Stecken sind nur schwer mit anderen elektrischen Bussen zu bewältigen,
- für einen ökonomischen Betrieb von Elektrobussen ist eine Förderung notwendig.

Für Marburg werden zunächst die Linie 2 und 7 zur Umsetzung eines HO-Bus-Systems vorgeschlagen:

- Linie 2 verkehrt vom Endpunkt Sonnenblick (Fahrplan 2018) über die Lahnberge/Klinikum über den nördlichen An-/Abstieg zum Hauptbahnhof und weiter über die Innenstadtstrecke zum Endpunkt Cappeler Gleiche.
- Linie 7 verkehrt zwischen dem Hauptbahnhof über die Innenstadt und entlang des südlichen An-/Abstieges auf die Lahnberge zum Klinikum.

Der Einsatz von HO-Bussen ist auf den Linien 2 und 7 mit minimalen Anpassungen möglich. Für die Oberleitung sind insgesamt vier Teilabschnitte vorgesehen. Auf den Steigungsstrecken zu den Lahnbergen wird jeweils in Bergaufrichtung Oberleitung vorgeschlagen. Im Innenstadtbereich sind Oberleitungsabschnitte jeweils zweispurig ausgelegt. In Summe beträgt die Länge des zu errichtenden Oberleitungsnetzes 10,6 km. Auf der Linie 2 ergibt sich ein Oberleitungsanteil von 31 %, auf Linie 7 von 41 %. Mit der Auswahl der Oberleitungsstrecken sollen Kreuzungen vermieden, Bereiche wie z.B. Rudolphsplatz, Elisabethstraße und der nordwestliche Teil der Deutschhausstraße (Elisabethkirche) aus optischen Gründen ausgenommen und die erforderlichen Investitionen optimiert werden.




Strecken der Linien 2 und 7 und Verlauf der Oberleitungen (farbig), Quelle Fraunhofer ISI

Auf Basis der Machbarkeitsstudie soll als vorbereitende Maßnahme zur Einführung eines HO-Bus-Systems für die Universitätsstadt Marburg ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt werden. Das Verfahren stellt sicher, dass der Aufbau der notwendigen Oberleitung und die für die Stromversorgung erforderliche Infrastruktur erfasst, und im Detail durchgeplant werden. Weiterhin soll damit sichergestellt werden, dass die Stadtgesellschaft an der Planung des HO-Bus-Systems in ausreichender Form beteiligt wird.

Das Planfeststellungsverfahren wird darüber hinaus die Anteile der Forschungs- und Entwicklungskosten (FE) an den Gesamtkosten des Projekts ermitteln. Es ist davon auszugehen, dass ein hoher FE-Anteil für die Höhe der erforderlichen Fördermittel des Projektes zuträglich sein wird.

Finanzielle Auswirkungen:

Mit der Kenntnisnahme der Teilstudie und der Beschlussfassung für die Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens sind keine finanziellen Auswirkungen für die Universitätsstadt Marburg verbunden.

Es dient der Kenntnis der Stadtverordnetenversammlung, dass die Teilstudie zu 100 % vom BMVI finanziert wurde und die Zusage vorliegt, dass die Kosten für die Durchführung des Planfeststellungsverfahrens ebenfalls zu 100 % vom BMVI übernommen werden.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Anlagen:

- Wissenschaftliche Beratung des BMVI zur Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie, Teilstudie „Machbarkeitsstudie von HO-Busverkehr in Deutschland – am Beispiel Marburg und Trier“, Berichtsteil Marburg
- Anhang zur Studie

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

| | | |
|---|---|---|
| **Fraktionsantrag** | Vorlagen-Nr.:<br>Status:<br>Datum: | **VO/6382/2018**<br>öffentlich<br>09.08.2018 |
| Antragstellende Fraktion/en: | B90/Die Grünen | |

Beratungsfolge:

| **Gremium** | **Zuständigkeit** | **Sitzung ist** |
|---|---|---|
| Magistrat | Stellungnahme | Nichtöffentlich |
| Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr | Vorberatung | Öffentlich |
| Stadtverordnetenversammlung | Entscheidung | Öffentlich |

**Antrag der Fraktion B90/die Grünen betr.: Kommunale Strategie zur nachhaltigen Reduzierung des Eintrags von Mikroplastik in lokale Fließgewässer und Böden**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt

1. für die Universitätsstadt Marburg eine Strategie mit dem Ziel zu entwickeln, den Eintrag von Mikroplastik in die lokalen Fließgewässer und Böden nachhaltig zu reduzieren.
2. dazu klare Maßnahmen und Umsetzungsziele zu formulieren.
3. die erarbeitete Strategie, den Maßnahmenkatalog und die Umsetzungsziele der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung:

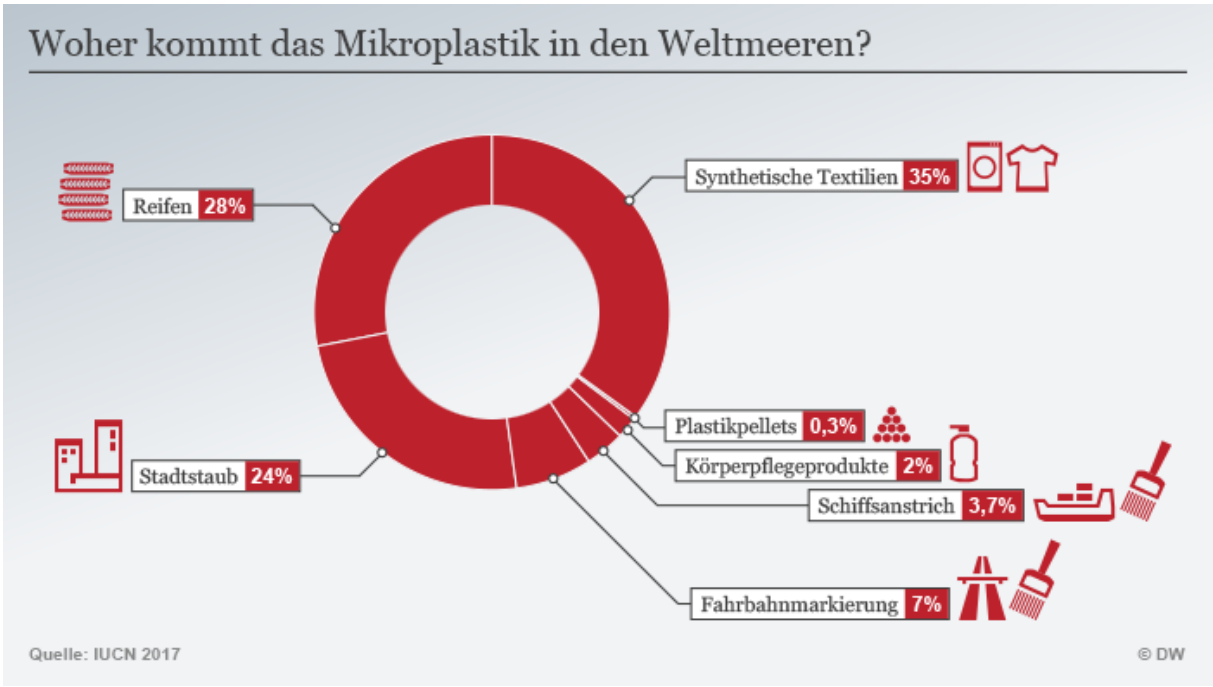
Schon seit längerem beunruhigen Nachrichten über die erschreckende Zunahme von Mikroplastikteilchen in Flüssen, Seen und Meeren (feste und unlösliche synthetische Polymere (Kunststoffe), die kleiner als fünf Millimeter sind). Aber auch die Böden unserer landwirtschaftlichen Nutzflächen sind davon massiv betroffen.

Die Auswirkungen dieser massiven Form von Umweltverschmutzung beginnen uns erst so langsam klar zu werden. Tiere und Pflanzen nehmen diese Mikroplastikteilchen aus Böden und Wasser auf, und damit gelangen die Teilchen zunehmend in die Nahrungsketten, an deren Ende auch die Menschen betroffen sind. Die Folgen sind im Detail noch nicht erforscht. Aber wir wissen, dass das massive gesundheitliche Folgen haben wird.

Auch wenn die EU, die Bundesregierung und die Landesregierungen in der Verantwortung stehen auf gesetzlichem Wege dem entgegen zu wirken, ist es kommunale Aufgabe vor Ort dafür zu sorgen, das Anfallen von Mikroplastik und den damit einhergehenden Eintrag in Bö-

den und Gewässer nachhaltig zu reduzieren. Denn Mikroplastik kommt hier und jetzt in die Umwelt – auch in Marburg.

Verantwortlich dafür sind mehrere Quellen. Wir haben sicher in Marburg keinen Einfluss auf den Anstrich von Seeschiffen. Der Blick auf die Graphik der **IUCN** (***I**nternational **U**nion for **C**onservation of **N**ature and **N**atural Resources*; deutsch „*Internationale Union zur Bewahrung der Natur und natürlicher Ressourcen*“ jedoch zeigt, welche Quellen für Mikroplastik auch in Marburg beeinflusst werden können.




So kann z.B. der Reifenabrieb durch die Auswahl von Straßenbelägen und Reduzierung des Kraftfahrzeugverkehrs reduziert werden. Auch auf den Stadtstaub und die Art der Fahrbahnmarkierungen kann die Universitätsstadt Einfluss nehmen. Ergänzend können lokale Informationskampagnen über Alternativen zu schädlichen Textilien und Pflegeprodukten aufklären.

Dies muss sich der Magistrat zur Aufgabe machen und geeignete Maßnahmen in einer Strategie zusammenfassen. Damit eine solche Strategie auch wirksam umgesetzt werden kann, müssen einerseits verbindliche Reduktions- und Umsetzungsziele formuliert werden, und andererseits muss die Umsetzung der Maßnahmen regelmäßig kontrolliert werden.

Mit einer solchen kommunalen Strategie kann die Universitätsstadt Marburg nicht nur eine Vorreiterrolle bei der Bekämpfung von Mikroplastik werden. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung kämen damit ihrer Verantwortung für Mensch und Umwelt nach.

**Hans-Werner Seitz** **Dietmar Göttling**

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

| | | |
|---|---|---|
| **Fraktionsantrag** | Vorlagen-Nr.:<br>Status:<br>Datum: | **VO/6532/2018**<br>öffentlich<br>12.11.2018 |
| Antragstellende Fraktion/en: | Marburger Linke | |

Beratungsfolge:

| **Gremium** | **Zuständigkeit** | **Sitzung ist** |
|---|---|---|
| Magistrat | Stellungnahme | Nichtöffentlich |
| Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr | Vorberatung | Öffentlich |
| Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung | Vorberatung | Öffentlich |
| Stadtverordnetenversammlung | Entscheidung | Öffentlich |

**Antrag der Fraktion Marburger Linke bzgl. Ausweitung der Mitnahmeregelung der ÖP-NV-Jahreskarte**

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt,

1. für die Stadtwerke unmittelbar folgende Sonderregelung zu erwirken:
   Inhaber*innen einer RMV-Wochen, -Monats oder Jahreskarte für Erwachsene oder einer 65-plus-Karte dürfen auf allen Linien des Stadtbusverkehrs jederzeit beliebig viele Kinder unter 15 Jahren kostenlos mitnehmen.

2. Sich im Aufsichtsrat des RMV dafür einzusetzen, dass diese Mitnahmeregelung verbundweit gilt.

Begründung:

Bislang gilt diese Regelung nur wochentags ab 19 Uhr und an den Wochenenden sowie an Feiertagen ganztags.
Familienpolitisch ist es kontraproduktiv, wenn tagsüber Eltern oder andere Erwachsene mit Zeitkarten keine Kinder kostenlos mitnehmen dürfen. Gerade Familien mit mehreren Kindern müssen entlastet werden, wo immer es geht. Ansonsten ist zu befürchten, dass Familien aus Kostengründen lieber das Auto benutzen.

**Jonathan Schwarz** **Elisabeth Kula** **Jan Schalauske**
**Renate Bastian** **Inge Sturm**

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

| | | |
|---|---|---|
| **Fraktionsantrag** | Vorlagen-Nr.:<br>Status:<br>Datum: | **VO/6544/2018**<br>öffentlich<br>19.11.2018 |
| Antragstellende Fraktion/en: | CDU<br>SPD | |

Beratungsfolge:

| Gremium | Zuständigkeit | Sitzung ist |
|---|---|---|
| Magistrat | Stellungnahme | Nichtöffentlich |
| Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr | Vorberatung | Öffentlich |
| Stadtverordnetenversammlung | Entscheidung | Öffentlich |

**Antrag der Fraktionen von CDU und SPD betr. Überprüfung des Verkehrsbereichs B3 Abfahrt Mitte/Wilhelm-Röpke-Straße**

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird gebeten zu prüfen, ob für den Verkehrsbereich Abfahrt Stadtautobahn Mitte-Einmündung Wilhelm-Röpke-Straße ein Kreisverkehr eingerichtet werden kann, um das Verkehrsaufkommen in diesen Bereichen zu entspannen. Dabei sind die Verkehrswege von Fußgänger/innen und Radfahrer/innen ebenfalls mit einzubeziehen.

Begründung:

Um den ständigen Stau im Bereich Wilhelm-Röpke-Straße, Abfahrt Stadtautobahn zurück zu fahren und ein besseres Einbiegen in den fließenden Verkehr in die Wilhelm-Röpke-Straße zu gewährleisten, ist an dieser Stelle das Einrichten eines Kreisverkehr wie bei der Umgehungsstraße in Cappel, sinnvoll.

Der Magistrat hat die Situation in diesem Bereich schon seit längerer Zeit im Blick. Nun ist es an der Zeit, konkrete Maßnahmen zu prüfen.

**Lars Küllmer**
**Karin Schaffner**
**Oliver Hahn**

**Alexandra Klusmann**

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

| | | |
|---|---|---|
| **Fraktionsantrag** | Vorlagen-Nr.:<br>Status:<br>Datum: | **VO/6546/2018**<br>öffentlich<br>20.11.2018 |
| Antragstellende Fraktion/en: | CDU<br>SPD<br>BfM | |

Beratungsfolge:

| Gremium | Zuständigkeit | Sitzung ist |
|---|---|---|
| Magistrat | Stellungnahme | Nichtöffentlich |
| Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr | Vorberatung | Öffentlich |
| Stadtverordnetenversammlung | Entscheidung | Öffentlich |

**Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und BfM betr. Konzept Verkehrsanbindung Pharmastandort Marbach und Görzhäuser Hof**

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird gebeten, ein Verkehrskonzept für die Anbindung des Pharmastandorts in Marbach und am Görzhäuser Hof in Zusammenarbeit mit den dortigen Firmen und deren Mitarbeitern zu erstellen, um die Erreichbarkeit durch Nutzer*innen des motorisierten Individualverkehrs, des öffentlichen Personennahverkehrs und durch Radverkehr zu verbessern und Verkehrsbelastungen zu vermindern.

Dabei sind insbesondere folgende Punkte mit zu untersuchen und zu berücksichtigen:

1. Motorisierter Individualverkehr
   - Prüfung einer westlichen Umfahrung
   - Einrichtung eines Park und Ride Services und Shuttle-Bus-Verbindungen
   - Vermeidung von LKW-Zulieferung durch die Ketzerbach

2. Öffentlicher Personennahverkehr
   - Verdichtung der Bus-Taktung
   - Shuttle-Busse und Schnellbusse
   - Einsatz von O-Bussen
   - die Möglichkeit der Fahrradmitnahme in den Bussen
   - die Anbindung aus dem Ostkreis mit Pkw, Bahn und Bus

3. Radverkehr
   - die Anbindung durch den weiteren Ausbau von Radwegen, auch für die äußeren Stadtteile und Pendler*innen aus dem Landkreis
   - Trassenführung zum Lückenschluss in Richtung Wehrda
   - Verbindung zwischen den Behring-Standorten Marbach und Görzhäuser Hof
   - Prüfung Wegertüchtigung mit wassergebundenen feingesplitterten Decken als Alternative
   - Förderung von E-Bikes

4. Weitere Maßnahmen
   Anreize durch die Arbeitgeber zum Verzicht auf die Nutzung des eigenen PKW (Mobilitätskarte/Jobticket)

Begründung:

Dieses Verkehrskonzept soll den motorisierten Individualverkehr, den Radverkehr sowie den ÖPNV gleichermaßen mit dem Ziel berücksichtigen, den Verkehr aus der Marburger Innenstadt stark zu reduzieren und durch Alternativen zu einer umweltverträglichen Anbindung zu kommen. Tagtäglich halten sich mehr als 5000 Menschen in den Werken auf dem Görzhäuser Hof und der Marbach auf. Tagtäglich steuern Mitarbeiter/innen aus allen Teilen des Kreises und Umgebung ihre dortigen Arbeitsplätze überwiegend mit dem Auto an. Schwerkraftverkehr wälzt sich durch die Nordstadt und die Marbach.

Die steigende Umweltbelastung durch den Individualverkehr muss reduziert werden. Marburg ist eine Stadt in einer engen Tallage zwischen den zwei Bergen und von daher sollte nicht nur über die Anbindung der Lahnberge nachgedacht werden, sondern auch über den zweiten Verkehrsschwerpunkt in die Marbach und dem Görzhäuser Hof. Weniger Autofahrten im Berufsverkehr mindern den CO2- und Feinstaub-Ausstoß und leisten einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz. Die Prüfung einer westlichen Umfahrung ist angesichts der Entwicklung des Pharmastandorts und möglicher Wohngebiete am Hasenkopf und Oberen Rotenberg anzuraten.

Die durch den Magistrat bereits angekündigte Nahverkehrsoffensive mit einer Taktverdichtung der Busverbindungen ist ein erster Schritt.

Der Radverkehrsplan enthält bereits Maßnahmenvorschläge. Mit einer Trassenführung durch den Wald oberhalb des Vogelherdes zum Teufelsgraben könnte eine Verbindung vom Görzhäuser Hof geschaffen werden, welche hinter dem Hauptwerk entlang auf die Emil-von-Behring-Straße führt. Gleichzeitig könnte mit dieser Wegertüchtigung ein Lückenschluss in Richtung Wehrda erfolgen.

Da im Radverkehrsentwicklungsplan mit der Maßnahme 13 eine Verbindung zwischen den Behring-Standorten geplant ist, diese aber auf die Zusammenarbeit mit dem Landkreis basiert, wäre eine Wegertüchtigung mit einer wassergebundenen feingesplitterten Decke eine kostengünstigere Alternative, welche gleichzeitig das Marburger Wanderwegenetz ausbauen würde.

**Karin Schaffner**
**Hermann Heck**

**Dominic Dehmel**
**Myriam Hövel**

**Roland Frese**
**Andrea Suntheim-Pichler**
**Gabriele Mensing**

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

| | | |
|---|---|---|
| **Fraktionsantrag** | Vorlagen-Nr.:<br>Status:<br>Datum: | **VO/6555/2018**<br>öffentlich<br>23.11.2018 |
| Antragstellende Fraktion/en: | SPD<br>BfM<br>CDU | |

Beratungsfolge:

| Gremium | Zuständigkeit | Sitzung ist |
|---|---|---|
| Magistrat | Stellungnahme | Nichtöffentlich |
| Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr | Vorberatung | Öffentlich |
| Stadtverordnetenversammlung | Entscheidung | Öffentlich |

**Antrag der Fraktionen SPD, BfM und CDU betr.: Verbesserung der Fußwegebeziehungen zum Vitos-Gelände**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob die Fußwegebeziehungen zum Vitos-Gelände in Richtung Südbahnhof verbessert werden können. Insbesondere Querungshilfen in der Cappeler Straße, aber auch die Fortführung eines sicheren, barrierefreien Fußwegenetzes zwischen dem Parkareal und dem Quartier am Südbahnhof sind dabei in verschiedenen Alternativen zu prüfen.

Der Magistrat wird gebeten, die möglichen Kosten für unterschiedliche Szenarien zu berechnen und diese der Öffentlichkeit vorzustellen.

Sachverhalt:

Der Park des Vitos-Geländes ist zwar von großem Erholungswert, ist aber von der angrenzenden Durchfahrtsstraße, der Cappeler Straße und der umliegenden Bebauung stark eingefasst. So erschließt sich der dahinter verborgene Erholungsraum den potentiellen Nutzern nur schlecht. Zur Verbesserung dieser Situation ist ein Wegenetz in die umliegenden Wohngebiete sinnvoll und wünschenswert.

Die Kindertagesstätten, Kindergärten und Senioreneinrichtungen die sich auf dem Vitos-Gelände befinden, sollen fußläufig vom Südbahnhofsgelände besser zugängig gemacht werden.

Auf dem Gelände befinden sich schon zahlreiche „Trampelpfade“ von Nutzerinnen und Nutzern, die mit Kinderwagen die Kindertagesstätten auf kürzestem Wege zu erreichen

versuchen. Das Überqueren der Cappeler Straße ist durch hohes Verkehrsaufkommen mit Kindern bzw. Gehhilfen nur schwer möglich und sollte so an einigen Stellen erleichtert werden. Die Überquerung der Frauenbergstraße ist zwischen dem Bereich des Stadtbüros und des Zebrastreifens am Südbahnhof nur mit erhöhter Vorsicht gefahrlos zu erzielen.

**Marianne Wölk** **Andrea Suntheim-Pichler** **Karin Schaffner**
**Uwe Meyer** **Hermann Heck**

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

| | | |
|---|---|---|
| **Fraktionsantrag** | Vorlagen-Nr.:<br>Status:<br>Datum: | **VO/6556/2018**<br>öffentlich<br>23.11.2018 |
| Antragstellende Fraktion/en: | SPD<br>BfM | |

Beratungsfolge:

| **Gremium** | **Zuständigkeit** | **Sitzung ist** |
|---|---|---|
| Magistrat | Stellungnahme | Nichtöffentlich |
| Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr | Vorberatung | Öffentlich |
| Stadtverordnetenversammlung | Entscheidung | Öffentlich |

**Antrag Fraktionen von SPD und BfM betr.: "Gärten und Balkone der biologischen Vielfalt"**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, einen Wettbewerb zu konzipieren, in dem Gärten, Vorgärten sowie Balkone, die über eine hohe biologische Vielfalt verfügen, auszuzeichnen und vor der Umsetzung der Stadtverordnetenversammlung zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung:

Im Marburger Stadtgebiet, in der Innenstadt als auch in den Außenstadtteilen, gibt es zahlreiche Gärten, Vorgärten sowie Balkone, die teils schon vielfältig bepflanzt sind. Immer häufiger sieht man jedoch Gärten, die geprägt sind von sterilen Flächen aus Schotter und Kieselsteinen, Rasenflächen oder Thujahecken sowie exotische Zierpflanzen. Dies bietet für heimische Bienen und Wildbienen und andere heimische Arten wenig bis gar keinen Lebensraum, in dem sie Nahrung und Strukturen finden, um ihre Nistgänge und -plätze anzulegen.
Der angedachte Wettbewerb soll zum einen diejenigen belohnen, die schon für eine entsprechende Vielfalt sorgen und jene motivieren, die ihre Gärten zukünftig vielfältiger gestalten wollen.
Dazu sollen zum einen von der Verwaltung Kriterien entwickelt werden, wie die biologische Vielfalt in den Gärten und Balkonen bewertet werden und wie diese ausgezeichnet werden können. Und zum anderen Maßnahmen und Ideen entwickelt werden können, um Anreize für Marburger Bürger*innen zu schaffen, bienenfreundliche und biologisch vielfältige Garten oder Balkone anzulegen.

**Alexandra Klusmann** **Andrea Suntheim-Pichler**
**Dominic Dehmel**